



Finanzdirektion, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Herrn Bundesrat Ueli Maurer
Bundesgasse 3
3003 Bern

T direkt +41 41 728 36 01
rita.weiss@zg.ch
Zug, 7. Juni 2021
FD FDS 6 / 210 / 120690

**Verordnung über das Meldeverfahren im Konzern bei der Verrechnungssteuer;
Vernehmlassungsantwort des Kantons Zug**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. April 2021 haben Sie die Kantonsregierungen zur Vernehmlassung in eingangs erwähneter Sache eingeladen. Der Regierungsrat hat die Finanzdirektion mit der direkten Beantwortung dieser Vernehmlassung beauftragt.

Wir stellen folgenden

Antrag

Die vorgeschlagenen Änderungen seien umzusetzen.

Begründung:

Die Rückerstattung der Verrechnungssteuer an juristische Personen erfolgt über die Eidgenössische Steuerverwaltung, weshalb die Kantone von der Umsetzung der Vorlage nicht bzw. nur indirekt betroffen sind.

Mit der Senkung der Mindestquote für das Konzernmeldeverfahren auf 10 Prozent (national bzw. wo keine spezifische DBA-Quote) kommt es zu einer Angleichung an die Gewinnsteuer, wo bereits mit der Unternehmenssteuerreform II die Mindestquote für den Beteiligungsabzug auf 10 Prozent gesenkt wurde. Die betroffenen Unternehmen profitieren so von Erleichterungen im Treasury bzw. Cash Management. Die Erweiterung der Bewilligungsdauer auf fünf Jahre führt zu Vereinfachungen für die Unternehmen wie auch die ESTV. Gleichzeitig hält sich das Risiko in Grenzen: Die Bewilligung des Meldeverfahrens impliziert einerseits die Rückerstattungs-berechtigung der Dividendenempfängerin, und andererseits kann die Nacherhebung der Verrechnungssteuer erfolgen, wenn die Bewilligungsvoraussetzungen nicht gegeben waren.

Seite 2/2

Wir unterstützen deshalb die vorgeschlagenen Änderungen uneingeschränkt und bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Finanzdirektion

sign.

Heinz Tännler
Regierungsrat

Kopie per E-Mail an:

- vernehmlassungen@estv.admin.ch (als pdf- und Word-Datei)
- Staatskanzlei (Geschäftskontrolle)
- Steuerverwaltung